

der Tat unbedeutend, es sei denn, dass ein öffentliches Interesse an einer Bestrafung besteht.

Die Schuld ist im allgemeinen als „gering“ anzusehen, wenn es sich um erstmalige Uebertretungen handelt, es sei denn, dass die Uebertretung augenscheinlich mutwillig begangen ist oder unter grob fahrlässiger Vernachlässigung von solchen Vorschriften, deren Kenntnis und Beachtung mit Rücksicht darauf, dass sie sich auf ein dem Uebertreter örtlich oder sachlich besonders vertrautes Gebiet beziehen, von diesem unbedingt verlangt werden muss.

Die Folgen der Tat sind als „unbedeutend“ anzusehen, wenn die Uebertretung lediglich geeignet war, eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung nach sich zu ziehen, nachteilige Folgen aber nicht gehabt hat.

Falls geringe Schuld und unbedeutende Folgen vorhanden sind, ist ein öffentliches Interesse an einer Bestrafung nur in besonderen Ausnahmefällen anzuerkennen, im allgemeinen ist von einer Bestrafung abzusehen.

Sind die Voraussetzungen des § 153 StPO. gegeben, so ist eine

polizeiliche Verwarnung

zu erteilen. Es verwarnt mündlich jeder Exekutivbeamte an Ort und Stelle, es verwarnt mündlich oder schriftlich der Polizeiverwalter oder die von ihm beauftragte Stelle. Die Verwarnung hat den Umständen des Falles und der beteiligten Personen entsprechend sachgemäss und taktvoll zu erfolgen. Sie hat zum Ausdruck zu bringen, dass die gerügte Handlungsweise die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet und der Uebertreter ersucht wird, in Zukunft entsprechend den geltenden Vorschriften zu verfahren. Bei schriftlicher Verwarnung ist für den Fall einer erneuten Zuwiderhandlung Bestrafung in Aussicht zu stellen.

Muss gestraft werden, so ist die Strafe nach der Tat und der Person festzusetzen. Es wird noch

immer übersehen, dass die gleiche Strafe den Armen und den Wohlhabenden völlig verschieden trifft.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Uebertreters,

die in der Regel genügend bekannt sein werden, sind daher zu berücksichtigen. Anträgen auf Ratenzahlung ist stets stattzugeben, falls für die bestrafte Person die sofortige Zahlung einer Geldstrafe eine unbillige wirtschaftliche Härte bedeutet.

Die Vollstreckung einer anstatt der festgesetzten Geldstrafe angedrohten Haftstrafe sollte nicht die Regel sein;

insbesondere gegenüber erstmalig bestraften Personen, die wegen ihrer wirtschaftlichen Lage die Geldstrafe nicht zahlen können, sollte sie nicht zur Anwendung kommen. In diesen Fällen wird ein Begnadigungsverfahren einzuleiten sein.

Zum Schlusse verbietet der Minister, die Zahl der von Polizei- und Landjagereibeamten vorgelegten Anzeigen zum Massstabe der Beurteilung ihrer Leistungen zu machen.

* * *

Es wäre zu wünschen, dass auch bei uns von den höheren Verwaltungsbehörden in diesem Falle der Wojewodschaft an die einzelnen Urzędy Okręgowe und die Polizei-Direktionen eine Verfügung erlassen wird, dass eine Schikanierung der Automobilisten nicht im Sinne der Behörden liegt und die Strafen dem Vermögensverhältnissen angepasst werden. Denn es ist ungerecht, dass ein Chauffeur für eine kleine Uebertretung gleich 30 Złoty zahlen muss. Wir wollen diejenigen Fahrer, die es verdienen bestraft zu werden, absolut nicht in Schutz nehmen, können es jedoch nicht verstehen, dass hier in Oberschlesien die Automobilisten dafür bestraft werden, dass unsere Behörden zu langsam arbeiten, indem sie nicht die neuen Automobilvorschriften die in ganz Polen verbindlich sind, auch nicht bei uns einführen.

Die Fahrtgeschwindigkeit und ihre Kontrolle

(Luft- und Kraftfahrer)

Mit der Zunahme des Verkehrs, insbesondere desjenigen mit Kraftfahrzeugen aller Art, erhöhen sich auch die Anforderungen für eine glatte Abwicklung. Wenn es auch Aufgabe der Polizei ist, den

Vom Kriminalinspektor Halm, Heilbrom.

Verkehr zu meistern, so kann doch hierbei auf die Hilfe aller am Verkehr Beteiligten nicht verzichtet werden. — „Die Bestrafung durch die Polizei ist nicht immer das geeignete Mittel, die Innehaltung der Verkehrsvorschriften zu erzwingen und Auswüchse zu bekämpfen“, heisst es in einem Erlass des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, „vielmehr ist ein verständnisvolles Zusammenarbeiten der Kraftfahrzeugführer mit der Polizei notwendig“. Alle Fahrzeuglenker, Radfahrer und Fussgänger müssen zu gegenseitiger Rücksichtnahme erzogen werden.

Bei der fortdauernden Zunahme von Verkehrsunfällen ist es wohl angebracht, alle Mittel anzuwenden, die geeignet erscheinen, den mit der Stei-

gerung des Verkehrs gleichzeitig in verstärktem Masse wachsenden Unglücksfällen entgegenzutreten. Ein solches Mittel sind auch die in der Kraftfahrzeugverkehrsordnung enthaltenen Vorschriften über die Fahrgeschwindigkeit.

Die KVO. bestimmt ganz allgemein in § 17, dass der Führer zur gehörigen Vorsicht in Leitung und Bedienung seines Fahrzeuges verpflichtet ist, und in § 18 Abs. 1, dass die Fahrgeschwindigkeit so einzurichten ist, dass der Führer in der Lage bleibt, seinen Verpflichtungen Genüge zu leisten. Unter Umständen muss der Führer so langsam fahren, dass das Fahrzeug auf kürzeste Entfernung zum Stehen gebracht werden kann, und zwar einmal nach § 18 Abs. 2, wenn der Ueberblick über die Fahrbahn behindert, die Sicherheit des Fahrens durch die Beschaffenheit des Weges beeinträchtigt ist oder lebhafter Verkehr herrscht, und dann nach § 20, wenn der Führer merkt, dass ein Pferd oder ein anderes Tier vor dem Kraftfahrzeug scheut oder dass sonst